

Unterrichtung

durch die deutsche Delegation in der Interparlamentarischen Union

125. Versammlung der Interparlamentarischen Union vom 16. bis 19. Oktober 2011 in Bern, Schweiz

Inhaltsverzeichnis

| | Seite |
|---|-------|
| I. 125. Versammlung der Interparlamentarischen Union | 1 |
| II. 189. Sitzung des Rates | 3 |
| III. Koordinierungsausschuss der Parlamentarierinnen | 4 |
| IV. Ausschuss für Nahostfragen | 4 |
| V. Sitzungen der Vereinigung der Generalsekretäre der Parlamente | 4 |
| VI. Verabschiedete EntschlieÙung | 6 |
| VII. Amtsträger in der Interparlamentarischen Union | 7 |

Die 125. Versammlung der Interparlamentarischen Union (IPU) fand vom 16. bis 19. Oktober 2011 in Bern statt. Der deutschen Delegation gehörten folgende Mitglieder an:

Abg. **Dr. Norbert Lammert** (CDU/CSU), Delegationsleiter

Abg. **Peter Götz** (CDU/CSU)

Abg. **Thomas Silberhorn** (CDU/CSU)

Abg. **Alexander Ulrich** (DIE LINKE.)

Abg. **Josef Philip Winkler** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

I. 125. Versammlung der Interparlamentarischen Union

I.1 Teilnehmer und Tagesordnung

An der 125. Versammlung der IPU in Bern nahmen 1 253 Personen, davon 534 Parlamentarierinnen und Par-

lamentarier aus 127 Mitgliedsparlamenten sowie Vertreter assoziierter Organisationen und Beobachter von Seiten der Vereinten Nationen (VN) und anderer internationaler Organisationen teil. Unter den Parlamentariern waren 36 Parlamentspräsidentinnen und Parlamentspräsidenten sowie 37 stellvertretende Parlamentspräsidentinnen und -präsidenten. Insgesamt gehörten 158 Parlamentarierinnen den verschiedenen Delegationen an, was einem Anteil von 29,6 Prozent entspricht. Die Versammlung wählte den Präsidenten des Schweizer Nationalrates, Jean-René Germanier, zum Sitzungspräsidenten der 125. Versammlung der IPU.

Auf der Tagesordnung der 125. Versammlung der IPU standen die Diskussion und Beschlussfassung über die Aufnahme eines Dringlichkeitstagesordnungspunktes, Podiumsdiskussionen zu den Berichtsthemen der drei Ausschüsse, der Bericht des Ausschusses der IPU für Angelegenheiten der VN sowie Änderungsanträge zur Satzung der IPU und zur Geschäftsordnung des Exekutiv Ausschusses der IPU. Eine Zusammenfassung der Ergebnisse der 125. Versammlung der IPU in englischer Sprache ist unter der Internetadresse <http://www.ipu.org/conf-e/125/results.pdf> abrufbar.

I.2 Dringlichkeitstagesordnungspunkt

Der Versammlung lagen drei EntschlieÙungsentwürfe vor: „Die Not der Menschen in dem von Hunger geplagten Somalia und die Hilfsaktionen der IPU-Mitgliedsparlamente“, eingebracht von der namibischen Delegation, „Die Verwirklichung des Rechts des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung“, eingebracht von der Delegation aus den Palästinensischen Gebieten sowie „Die Notwendigkeit einer weiteren Mobilisierung der internationalen Unterstützung und der Stärkung der internationalen Anstrengungen, den hungerleidenden Menschen in Somalia beizustehen“, eingebracht von der Delegation aus der Islamischen Republik Iran.

Die Delegationen aus den Palästinensischen Gebieten und aus der Islamischen Republik Iran zogen ihre EntschlieÙungsentwürfe zugunsten des Entwurfs aus Namibia zurück.

In der Debatte über die Hungersnot in Somalia und die Hilfe aus IPU-Mitgliedsparlamenten äußerten die Parlamentarierinnen und Parlamentarier ihre tiefe Sorge über die Situation in Somalia und riefen alle Parlamente auf, gemeinsam zu einer Linderung des menschlichen Leids und des Hungers beizutragen.

Der Redaktionsausschuss setzte sich aus Mitgliedern der Delegationen aus Argentinien, Australien, Kambodscha, Kanada, Malaysia, Mexiko, Namibia und dem Vereinigten Königreich zusammen. Sie bestimmten Ursula Stephens (Australien) zur Vorsitzenden des Ausschusses und Saumura Tioulong (Kambodscha) zur Berichtstermin für die Versammlung.

Die Versammlung nahm die Entschließung zum Dringlichkeitstagesordnungspunkt in ihrer Schlussitzung am 19. Oktober 2011 einstimmig an.

I.3 Bericht des Ausschusses der IPU für Angelegenheiten der Vereinten Nationen

Der Ausschuss tagte vom 17. bis 19. Oktober 2011. In der ersten Sitzung unter der Leitung von Dennis Dawson (Kanada) wurden die Ausschussmitglieder von Jorge Sampaio (Portugal), dem Hohen Vertreter der Allianz für Zivilisationen der Vereinten Nationen (*Alliance of Civilisations*), über seine Arbeit unterrichtet. Die Allianz der Zivilisationen will den Dialog zwischen den Kulturen und Religionen fördern und Brücken zwischen der westlichen und der islamischen Welt bauen. Die Schwerpunkte der Arbeit des Bündnisses liegen in den Bereichen Jugend, Medien, Bildung und Einwanderung. Dennis Dawson stellte insbesondere die Notwendigkeit einer stärkeren Einbeziehung der Parlamente heraus, wenn es um den Abbau von Vorurteilen gegenüber anderen Kulturen und Menschen mit Migrationshintergrund im eigenen Land gehe. Diese Vorurteile stellten die demokratischen Werte überall auf der Welt infrage. Die Ausschussmitglieder betonten die Bedeutung des interkulturellen Dialogs und der interkulturellen Zusammenarbeit und erinnerten in diesem Zusammenhang an die im Jahr 2007 auf der 116. Versammlung der IPU verabschiedete Entschließung zur Gewährleistung der gegenseitigen Achtung und der friedlichen Koexistenz in einer globalisierten Welt.

Die zweite Sitzung, die unter Leitung des australischen Parlamentspräsidenten Harry Jenkins stattfand, befasste sich mit dem Thema „Nuklearwaffen: Der Weg zu ihrer endgültigen Abschaffung“ (*Nuclear Weapons: The Road to Zero*), zu dem internationale Experten Einführungsvorträge hielten. Die Parlamentarierinnen und Parlamentarier diskutierten über die Möglichkeiten, wie den Gefahren und Herausforderungen durch Nuklearwaffen begegnet werden könne. Der Ausschuss bekräftigte die Pflicht der Staaten, ihre durch den Atomwaffensperrvertrag eingegangenen Verpflichtungen umzusetzen sowie dazu beizutragen, dass die Verbreitung von Nuklearwaffen durch die nationale Gesetzgebung verboten wird und nuklearwaffenfreie Zonen eingerichtet werden.

Die Nachbereitung der Istanbuler Konferenz für die am wenigsten entwickelten Länder (LDC IV) und das auf

dieser Konferenz verabschiedete Aktionsprogramm waren Gegenstand der dritten Sitzung des Ausschusses, die von Mélégué M. Traore (Burkina Faso) geleitet wurde. Das Einführungsreferat hielt Cheick Sidi Diarra, Unter-Generalsekretär des Hohen Vertreters für die am wenigsten entwickelten Länder, Binnenentwicklungsländer und kleine Inselentwicklungsländer (OHRLLS) der Vereinten Nationen. Cheick Sidi Diarra, der in seinem Beitrag die wichtigsten Ergebnisse der Istanbuler Konferenz vorstellte, sprach von der bedeutenden Rolle, die den Parlamenten bei der Erreichung der Millenniumentwicklungsziele zukomme. Die Ausschussmitglieder wurden zudem über gemeinsame Projekte von IPU und OHRLLS unterrichtet. Der Rat hat die vom Ausschuss vorgelegte Leitlinie „*Parliaments and the Istanbul Programme of Action (IPOA) for the Least Developed Countries – Mainstreaming the IPOA into the work of Parliaments: institutional options*“ auf seiner Sitzung am 19. Oktober 2011 zur Kenntnis genommen.

Des Weiteren befasste sich der Ausschuss in einer Podiumsdiskussion mit dem Thema „Grüne Wirtschaft: Ein Durchbruch für eine nachhaltige Entwicklung?“, welches auch Gegenstand der im Juni 2012 unter der Ägide der Vereinten Nationen stattfindenden Konferenz über nachhaltige Entwicklung („Rio+20“) sein wird. Die Podiumsdiskussion, an der neben den Parlamentarierinnen und Parlamentariern auch internationale Experten und Vertreter der Zivilgesellschaft und des Privatsektors teilnahmen, wurde von Hugo Napoleão (Brasilien) moderiert und geleitet. Der Ausschuss kam zu dem Schluss, dass die Standards einer nachhaltigen Entwicklung weder von den Industrie- noch von den Entwicklungsländern erreicht würden. Wirtschaft und Industrie verbrauchten immer noch mehr Ressourcen als wieder ersetzt werden könnten. Zudem verharrten Armut und Ungleichheit auf hohem Niveau.

Auf seiner letzten Sitzung diskutierte der Ausschuss unter Leitung von Cedric Frolick (Südafrika) über die im Dezember 2011 in Durban (Südafrika) stattfindende Weltklimakonferenz (COP 17/CMP 7) der Vereinten Nationen. Die Ausschussmitglieder wurden über die laufenden Verhandlungen, die Herausforderungen und Anforderungen für den Abschluss einer globalen Vereinbarung über die Klimapolitik informiert, und sie diskutierten darüber, welche Inhalte eine kurze, aber starke parlamentarische Botschaft an die VN-Konferenz haben müsse.

I.4 Sitzungen der ständigen Ausschüsse der IPU

Die Versammlung der IPU wird bei ihrer Arbeit durch ihre drei ständigen Ausschüsse unterstützt, die Berichte und Entschließungsentwürfe für die Versammlung vorbereiten. Die Versammlung verabschiedet auf ihrer Frühjahrstagung die thematischen Schwerpunkte für die Ausschusssitzungen im Folgejahr und ernennt jeweils zwei Berichtsterminer. Deren Aufgabe ist es, einen oder mehrere Berichte sowie einen Entschließungsentwurf zu dem auf die Tagesordnung ihres Ausschusses gesetzten Themenschwerpunkt zu erarbeiten. Bis zum Jahr 2007 legten die

drei Ausschüsse sowohl auf der Frühjahrstagung als auch auf der Herbstversammlung Berichte und Entschließungen zur Verabschiedung vor. Auf der 116. Versammlung der IPU (2007) kamen die Mitglieder des Rates überein, das Arbeitsprogramm und Format für die Herbstversammlung zu ändern. Danach tagen die Ausschüsse, um den Berichterstattern Gelegenheit zu geben, ihre Berichtsentswürfe für die Frühjahrsversammlung vorzustellen. Daneben finden in den Sitzungen Podiumsgespräche mit Experten statt, um den Berichterstattern weitere Anregungen für die Vervollständigung ihrer Berichte zu geben.

Auf der 126. Versammlung im Frühjahr 2012 werden in den Ausschüssen folgende Themen beraten:

1. Ausschuss für Frieden und internationale Sicherheit: Unterstützung und praktische Umsetzung guter Regierungsführung als Mittel zur Förderung von Frieden und Sicherheit: Erkenntnisse aus den jüngsten Ereignissen im Nahen Osten und in Nordafrika
2. Ausschuss für nachhaltige Entwicklung, Finanzen und Handel: Umverteilung von Macht, nicht nur von Reichtum: Aneignung der internationalen Agenden
3. Ausschuss für Demokratie und Menschenrechte: Zugang zu Gesundheitsfürsorge als Grundrecht: die Rolle der Parlamente bei der Bewältigung von zentralen Herausforderungen hinsichtlich der Gewährleistung der Gesundheit von Frauen und Kindern.

II. 189. Sitzung des Rates (Governing Council)

II.1 Wahlen

Der Rat wählte Abdelwahad Radi (Marokko) zum neuen Präsidenten der IPU. Er setzte sich mit 137 zu 130 Stimmen bei einer Enthaltung gegen Frau Dr. Nurhayati Ali Assegaf (Indonesien) durch. Die Amtszeit des neuen Präsidenten endet im Oktober 2014. Der scheidende Präsident, Dr. Theo-Ben Gurirab (Namibia), wurde als Dank für sein großes Engagement zum Ehrenpräsidenten der IPU ernannt. Der Rat wählte den Abgeordneten **Josef Philip Winkler** bis Oktober 2015 zum Mitglied des Exekutiv Ausschusses der IPU.

II.2 Mitgliedschaft in der IPU

Der Rat gab den Wiederaufnahmeanträgen der Parlamente aus Äquatorialguinea und Honduras sowie dem Niger statt. Als neues Mitglied wurde das Parlament des Tschad in die IPU aufgenommen. Der Rat suspendierte die Mitgliedschaft des komorischen und des liberianischen Parlaments, die mit ihren Beiträgen jeweils mehr als drei Jahre im Rückstand sind. Der Rat gewährte der Parlamentarischen Versammlung der portugiesischsprachigen Länder (AP-CPLP) sowie den Nichtregierungsorganisationen „*Penal Reform International (PRI)*“, und der Partnerschaft für die Gesundheit von Müttern, Neugeborenen und Kindern (*Partnership for Maternal, Newborn and Child Health [PMNCH]*) den Beobachterstatus.

Der IPU gehören aktuell Parlamente aus 159 Ländern und neun assoziierte Mitglieder an.

II.3 Haushalt der IPU

Das Haushaltsjahr der IPU entspricht dem Kalenderjahr. Die Haushaltsmittel setzen sich zu weit über zwei Dritteln (ca. 83 Prozent) aus den Beiträgen der Mitglieder und der assoziierten Mitglieder der Union sowie aus freiwilligen Beiträgen und Erträgen aus Kapitalanlagen zusammen. Die Beiträge der Mitglieder der IPU orientieren sich an dem für die VN festgelegten Verteilungsschlüssel. Der Beitrag der Mitgliedsparlamente wurde auf höchstens 11,75 Prozent und mindestens 0,001 Prozent festgesetzt. Der Verteilungsschlüssel der IPU berücksichtigt die gegenwärtige wirtschaftliche Leistungskraft der einzelnen Länder und nimmt gleichzeitig Rücksicht auf die finanziellen Möglichkeiten der am wenigsten entwickelten Länder.

Dem Rat lag der Bericht über die Haushaltssituation der IPU mit Stand vom 30. September 2011 und eine Liste noch ausstehender Beitragszahlungen einzelner Mitgliedsparlamente vor. Der Rat nahm zur Kenntnis, dass drei Länder mit ihren Beitragszahlungen erheblich im Rückstand sind. Der Rat wurde unterrichtet, dass der Generalsekretär einen Überschuss von ca. 400 000 Schweizer Franken (CHF) aufgrund des starken Schweizer Franken und durch Einsparungen bei den Personalkosten im Sekretariat der IPU erwarte. Der Generalsekretär erklärte, er gehe davon aus, dass für 2011 etwa 2,5 Mio. CHF an freiwilligen Beiträgen eingeworben werden könnten.

Der Haushaltsentwurf für das Jahr 2012 orientiert sich bereits an den Zielen und Aufgaben der IPU, wie sie in der „Strategie für die IPU 2012 bis 2017“ niedergelegt sind. Im vorgelegten Entwurf waren bereits Beitragskürzungen von insgesamt sieben Prozent vorgesehen. Vor dem Hintergrund der Belastungen der Länder durch die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise sprachen sich die geopolitischen Gruppen für eine weitere Kürzung des Haushalts um drei Prozent in diesem Bereich, also um insgesamt 10 Prozent, aus. Der vom Rat so verabschiedete Haushalt sieht insgesamt Einnahmen/Ausgaben von 13,7 Millionen CHF vor, von denen ca. 10,9 Mio. CHF aus Beitragszahlungen stammen.

Der Beitrag für die Mitgliedschaft des Deutschen Bundestages in der IPU beträgt 822 100 CHF (ca. 680 000 Euro) für das Jahr 2012. Das entspricht einem Anteil von 7,54 Prozent des Haushalts der IPU.

Das Verwaltungsorgan der IPU, der Exekutiv Ausschuss, beschloss auf seiner Sitzung in Bern, einen Unterausschuss für Finanzen einzusetzen. Der Unterausschuss ist ein beratendes Organ des Exekutiv Ausschusses und soll alle Fragen zu Finanzangelegenheiten prüfen und gegenüber dem Exekutiv Ausschuss Empfehlungen abgeben. Zum Vorsitzenden des sechsköpfigen Gremiums, das sich aus Mitgliedern des Exekutiv Ausschusses zusammensetzt, wurde Krister Örnfjäder (Schweden) ernannt.

Die Prüfung der Rechnungslegung für das vorangegangene Rechnungsjahr der IPU wird von internen und exter-

nen Rechnungsprüfern vorgenommen. Während die internen Rechnungsprüfer aus den Reihen der Mitglieder ernannt werden, wird die Buchführung zusätzlich durch einen von der IPU unabhängigen Rechnungsprüfer geprüft. Als interner Rechnungsprüfer für das Finanzjahr 2012 setzte der Rat den israelischen Abgeordneten Meir Sheetrit ein. Zum externen Rechnungsprüfer bis Oktober 2013 ernannte der Rat Didier Monnot vom Schweizer Bundesrechnungshof.

II.4 IPU-Strategie 2012 bis 2017

Der Rat nahm einstimmig den vorab ausführlich mit allen geopolitischen Gruppen abgestimmten Strategieentwurf für die Arbeit der IPU in den Jahren 2012 bis 2017 an. Der Berichtstatter des Exekutivsausschusses, Mathurin Nago (Benin), lobte die visionäre Ausrichtung der Strategie, mit der die Rolle der IPU als einer Serviceeinrichtung für internationale parlamentarische Zusammenarbeit festgeschrieben werde. Die Strategie formuliere drei Ziele: Die Stärkung der Demokratie durch eine Stärkung der Parlamente, eine bessere internationale Einbeziehung der nationalen Parlamente und die Effektivierung der IPU als Instrument der interparlamentarischen Zusammenarbeit. Alle drei Ziele seien miteinander verbunden und verstärkten sich gegenseitig. Die Verbesserung der interparlamentarischen Zusammenarbeit stehe jedoch im Zentrum aller Ziele. Die Strategie zielt zudem darauf ab, die Parlamente durch technische und administrative Hilfen in ihrer Funktion zu stärken und zu helfen, das Demokratiedefizit zu überbrücken, das in den internationalen Beziehungen bestehe. Des Weiteren solle die Strategie zur Entwicklung einer parlamentarischen Dimension der Arbeit der VN beitragen.

II.5 Zukünftige interparlamentarische Treffen

Der Rat bestätigte Kampala (Uganda) als Veranstaltungsort für die 126. Versammlung sowie Québec (Kanada) als Veranstaltungsort für die 127. Versammlung der IPU. Der Rat nahm zu Kenntnis, dass sich für die 128. Versammlung der IPU im Frühjahr 2013 das Parlament von Ecuador als Gastgeber beworben hat.

III. Koordinierungsausschuss der Parlamentarierinnen

Die Sitzung des Koordinierungsausschusses der Parlamentarierinnen in der IPU fand am 3. Oktober 2010 unter Leitung der Vorsitzenden, Dr. Nurhayati Ali Assegaf (Indonesien), statt. Der Ausschuss befasste sich unter anderem mit dem Strategieentwurf der IPU 2012 bis 2017 sowie dem Entwurf für den Haushalt der IPU für 2012. Die Ausschussmitglieder nahmen den Stand der Vorbereitungen für das 17. Treffen der Parlamentarierinnen in Kampala zur Kenntnis und beschlossen, dass dort insbesondere die Entschließungen des zweiten und dritten Ausschusses unter Gleichstellungsgesichtspunkten geprüft werden sollten (siehe auch I.4).

Die Ausschussmitglieder sprachen sich für eine Verbesserung der Arbeit der Parlamentarierinnen in der IPU aus.

Sie schlugen hierfür die Entwicklung eines Mentorinnen-Programmes vor, durch das erfahrene Parlamentarierinnen ihr Wissen an erstmals ins Parlament gewählte Abgeordnete weitergeben sollen. So soll sich auch die nächste Dialogrunde zwischen Parlamentarierinnen und Parlamentariern mit dem Thema „Unterstützung der nächsten Generation von Parlamentarierinnen“ befassen. Sie empfahlen weiter, die Bemühungen und Kampagnen für die Ächtung der Gewalt gegen Frauen fortzuführen und regten in diesem Zusammenhang die Einführung eines Netzwerkes von IPU-Botschafterinnen an.

Der Koordinierungsausschuss beschloss weiterhin, auf der 126. Versammlung in Kampala eine Podiumsdiskussion über die Rolle der Parlamentarierinnen im Kampf gegen die Unterernährung von Kleinkindern durchzuführen.

Die Mitglieder des Koordinierungsausschusses begrüßten die Entscheidung des Königreichs Saudi-Arabien, Frauen das aktive und passive Wahlrecht einzuräumen. Sie sahen darin einen wichtigen Schritt in Richtung Gleichstellung und äußerten die Hoffnung, bald auch Parlamentarierinnen aus Saudi-Arabien als Teilnehmerinnen an IPU-Versammlungen begrüßen zu können.

IV. Ausschuss für Nahostfragen

Die Sitzung des Ausschusses für Nahostfragen fand am 16. und 17. Oktober 2011 unter der Leitung der Vorsitzenden, Ann Clywd (Vereinigtes Königreich), statt. Der Ausschuss empfing Delegationen aus Israel, Jordanien und den Palästinensischen Gebieten zu einem Meinungsaustausch über die arabische Friedensinitiative. Er bat das Sekretariat der IPU, für Anfang 2012 ein Folgetreffen zu organisieren, um die in Bern begonnene Diskussion mit den Beteiligten fortzuführen. Weiterhin wurde das Sekretariat beauftragt, für Anfang 2012 eine Delegationsreise des Ausschusses nach Israel und in die Palästinensischen Gebiete auszuarbeiten.

V. Sitzungen der Vereinigung der Generalsekretäre der Parlamente (Association of Secretaries General of Parliaments [ASGP])

Parallel zu den Versammlungen der IPU tagt die Vereinigung der Generalsekretäre der Parlamente. Die Vereinigung ist nach Artikel 27 der Satzung der IPU ein beratendes Gremium der Interparlamentarischen Union.

Ziel der Vereinigung ist es, den Kontakt und die Zusammenarbeit zwischen den Generalsekretären (Direktoren) der Parlamente zu stärken, und zwar unabhängig davon, ob das Parlament Mitglied der IPU ist. Die Vereinigung hat sich die Aufgabe gestellt, die rechtlichen, prozeduralen und arbeitstechnischen Methoden der verschiedenen Parlamente zu untersuchen und hieraus mögliche Verbesserungsvorschläge zu entwickeln, in Zusammenarbeit mit der IPU diejenigen Parlamente zu unterstützen, die rechtliche und technische Hilfen anfordern sowie die Zusammenarbeit zwischen den Parlamentsverwaltungen zu fördern.

Die Verwaltung des Deutschen Bundestages ist in der ASGP durch den Direktor beim Deutschen Bundestag, Staatssekretär Harro Semmler, und seinen Stellvertreter, Prof. Dr. Ulrich Schöler, vertreten. Prof. Dr. Schöler wurde zudem im Oktober 2011 in Bern zum Vizepräsidenten der Vereinigung gewählt.

Themen der Generaldebatten der Vereinigung waren „Die Organisation von Parlamentsarbeit – informelle Möglich-

keiten der Entscheidungsfindung und der Zeitplanung“ und das „Konzept eines aktivistischen Parlaments“. Prof. Dr. Schöler hielt einen Vortrag über den „Gebrauch und Missbrauch von Arbeiten der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages“.

Prof. Dr. Norbert Lammert
Leiter der deutschen Delegation in der IPU

VI. Verabschiedete Entschließung

Die Not der Menschen in dem von Hunger geplagten Somalia und die Hilfsaktionen der IPU-Mitgliedsparlamente

Von der 125. IPU-Versammlung einstimmig verabschiedete Entschließung
(Bern, 19. Oktober 2011)

Die 125. Versammlung der Interparlamentarischen Union,

mit *großer Besorgnis Kenntnis nehmend* von der sich verschlimmernden Hungersnot in Somalia, die durch interne Streitigkeiten und Dürre am Horn von Afrika verursacht wurde und zu einer humanitären Katastrophe geführt hat, von der mehr als 12 Millionen Menschen betroffen sind, darunter 1,5 Millionen Binnenvertriebene, die Nahrungsmittel, Wasser, medizinische Versorgungsgüter, Kleidung, Notunterkünfte und Versorgung benötigen,

zutiefst beunruhigt angesichts der Zehntausenden von Toten, insbesondere Kindern, aufgrund von Unterernährung,

in *Würdigung der und mit Genugtuung über* die Hilfsaktionen der Regierungen, der Vereinten Nationen, anderer internationaler Organisationen und der gesamten internationalen Gemeinschaft in Somalia und dem übrigen Teil des Horns von Afrika,

mit *Beifall zur Kenntnis nehmend*, dass Somalias Nachbarländer Hunderttausende somalische Flüchtlinge aufgenommen haben,

unter Hinweis auf die am 30. September 2011 verabschiedete Resolution 2010 (2011) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen über die Lage in Somalia, in der ernste Besorgnis angesichts der unvollständigen Finanzierung des konsolidierten Hilfsappells der Vereinten Nationen geäußert wurde, die Notwendigkeit einer dringenden Mobilisierung von Ressourcen für die Hilfsbedürftigen betont wurde und alle Mitgliedstaaten dazu aufgerufen wurden, einen Beitrag zu den aktuellen und zukünftigen konsolidierten Hilfsappellen zu leisten,

mit dem Ausdruck ihrer vollen Solidarität, Sympathie und ihrer vollen Anteilnahme mit dem somalischen Volk, das unter einer weitverbreiteten Hungersnot leidet,

1. *fordert* alle IPU-Mitgliedstaaten, internationale Organisationen und die internationale Gemeinschaft *nachdrücklich dazu auf*, ihre Anstrengungen zur Bereitstellung umfassender Unterstützung und humanitärer Hilfe für das somalische Volk zu verstärken;
2. *ersucht* diejenigen IPU-Mitgliedstaaten, die dies noch nicht getan haben, sich zu Hilfsmaßnahmen in Somalia zu verpflichten und freiwillige Beiträge hierfür zu leisten;
3. *fordert* die internationale Gemeinschaft *nachdrücklich dazu auf*, zusammenzuarbeiten, damit die humanitäre Hilfe die betroffenen Gebiete so bald wie möglich erreicht;
4. *ermutigt* die Afrikanische Union (AU), die Regierungen, die relevanten internationalen Organisationen und das IPU-Sekretariat, Somalia unter vollständiger Wahrung seiner Souveränität und territorialen Integrität bei der Stärkung seiner demokratischen Institutionen zu unterstützen, unter anderem durch die Entwicklung von Programmen zur Hilfe bei der Schaffung von Rechtsstaatlichkeit;
5. *ermutigt auch* das Direktorat Frauen, Gender und Entwicklung der Afrikanischen Union (AU), die Panafrikanische Frauenorganisation (PAWO), UN Frauen, den Koordinierungsausschuss der Parlamentarierinnen in der IPU sowie andere relevante internationale Organisationen, die somalischen Frauen beim Wiederaufbau ihrer Existenz zu unterstützen und ihre Fähigkeit aufzubauen, für ihre Familien zu sorgen, um deren Gesundheit wiederherzustellen;
6. *appelliert insbesondere* an die Regierung Somalias und die Regierungen seiner Nachbarländer, die persönliche Sicherheit und die Arbeit der in der Region tätigen humanitären Organisationen zu gewährleisten und ruft dazu auf, die beiden vor kurzem entführten spanischen Entwicklungshelfer unverzüglich freizulassen;
7. *ersucht* den Generalsekretär der IPU, bei der 126. IPU-Versammlung über die Umsetzung der vorliegenden Entschließung Bericht zu erstatten.

VII. Amtsträger in der IPU**Ausschuss für Frieden und internationale Sicherheit**

Stand 13. Januar 2012

Präsident: Herr S. H. Chowdury (Bangladesch)**Erster Vizepräsident:** Herr H. Quiroga (Argentinien)**Vizepräsidenten:***Afrika Gruppe**Vakant**Arabische Gruppe*

Frau L. Bennani-Smires (Marokko)

*Asien-Pazifik Gruppe**Aktueller Präsident**Eurasische Gruppe*

Frau N. Mazai (Belarus)

*Gruppe Lateinamerikas und der Karibik**Aktueller Erster Vizepräsident**Gruppe der Zwölf Plus*

Herr P. Moriau (Belgien)

Stellvertretende Mitglieder

Herr A. Bougue (Kamerun)

Frau N. Rousan (Jordanien)

Herr S. Danusubroto (Indonesien)

Herr V. Nefedov
(Russische Föderation)

Herr O. S. Reyes (El Salvador)

Herr N. Evans (Vereinigtes
Königreich)**Berichterstatter des Ausschusses für die 126. Versammlung**

Herr J. J. Mwiimbu (Sambia)

Herr M. Gyöngyösi (Ungarn)

Ausschuss für Nachhaltige Entwicklung, Finanzen und Handel**Präsident:** Herr S. E. Alhousseini (Saudi Arabien)**Erster Vizepräsident:** Frau B. Contini (Italien)**Vizepräsidenten:***Afrika Gruppe**Vakant**Arabische Gruppe*

Aktueller Präsident

Asien-Pazifik Gruppe

Herr I.A. Bilour (Pakistan)

*Eurasische Gruppe*Herr B.-Z. Zhambalnimbuev
(Russische Föderation)**Stellvertretende Mitglieder**

Herr H.R. Mohamed (Tansania)

Herr W. Rawashdeh (Jordanien)

Herr D. Adams (Australien)

*Vakant**Gruppe Lateinamerikas und der Karibik*

Herr R. León (Chile)

Herr F. Bustamente (Ecuador)

Berichterstatter des Ausschusses für die 126. Versammlung

Lord Judd (Vereinigtes Königreich)

Herr O. Benabdallah (Marokko)

Ausschuss für Demokratie und Menschenrechte**Präsident:** Herr O. Kyei-Mensah-Bonsu (Ghana)**Erster Vizepräsident:** *Vakant***Vizepräsidenten:***Afrika Gruppe*

Aktueller Präsident

Arabische Gruppe

Frau J. Nassif (Bahrain)

Asien-Pazifik Gruppe

Herr S. S. Ahluwalia (Indien)

*Eurasische Gruppe**Vakant**Gruppe Lateinamerikas und der Karibik*

Herr J. M. Galán (Kolumbien)

Gruppe der Zwölf Plus

Herr E. Francu (Rumänien)

Stellvertretende Mitglieder

Mrs. P. Fouty-Soungou (Kongo)

Herr R. Abdul-Jabbar (Irak)

Herr R. Fatyana (Pakistan)

Herr S. Gavrilov
(Russische Föderation)

Frau C. Chacón (Peru)

Herr J. Winkler (Deutschland)

Berichterstatter des Ausschusses für die 126. Versammlung

Frau P. Turyahikayo (Uganda)

Frau S. Ataullahjan (Kanada)

Herr C. Sardinha (Indien)

Ausschuss für Menschenrechte der Parlamentarier

Stand 17. Januar 2012

Ordentliche Mitglieder**Präsident:** Herr P. Mahoux (Belgien)**Vizepräsident:** Herr K. Tapo (Mali)**Mitglieder:** Herr J. P. Letelier (Chile)

Herr K. Jalali (Iran)

*Vakant***Stellvertretende Mitglieder**

Herr P. Martin-Lalande (Frankreich)

Frau A. J. Kairuki (Tansania)

Vakant

Herr F.N. Pangilinan (Philippinen)

Frau A. Clywd
(Vereinigtes Königreich)**Ausschuss für Nahostfragen**

Stand 29. Oktober 2011

Ordentliche Mitglieder**Mitglieder:** Frau M. Green (Schweden)

Herr S. Janquin (Frankreich)

Herr F.-X. de Donnea (Belgien)

Herr A. Ponlaboot (Thailand)

Herr L. H. Ishaq (Indonesien)

Frau A. van Miltenburg (Niederlande)

Frau M. A. Cristi Marfil (Chile)

Stellvertretende Mitglieder

Herr F. Gutzwiller (Schweiz)

Herr J. Winkler (Deutschland)

Frau E. Papademetriou (Griechenland)

Herr H. Alir (Türkei)

Frau M. Armani (Malaysia)

Lord Judd (Vereinigtes Königreich)

Frau Z. Benarous (Algerien)

Vermittlergruppe Zypern

Stand 31. Oktober 2011

Mitglieder: Frau R. M. Albernaz (Portugal)
Herr J. Lobkowicz (Tschechische Republik)
Herr M. Sheetrit (Israel)

Ausschuss zur Förderung der Achtung des humanitären Völkerrechts

Stand 18. November 2011

| | Ordentliche Mitglieder | Stellvertretende Mitglieder |
|--------------------|--|--|
| Mitglieder: | Herr Si Afif (Algerien) | Herr J. J. Mwiimbu (Sambia) |
| | Herr H. Hamoudi (Irak) | Frau M. Osman Gaknoun (Sudan) |
| | Herr A. A. Cakra Wijaya (Indonesien) | Frau B. Gohar (Pakistan) |
| | Herr S. Gavrilov (Russische Föderation) | Frau L. Ponomareva (Russische Föderation) |
| | Herr J. C. Romero (Argentinien) | Frau E. Arguedas (Costa Rica) |
| | Vakant | Frau U. Karlsson (Schweden) |

Beratergruppe für Angelegenheiten der Vereinten Nationen

Stand 3. Mai 2011

Vorsitzender: Frau R. Green (Mexiko)

Mitglieder: Herr A. N. Atanasof (Argentinien)
Herr A. Byrne (Australien)
Herr L. Fraga (Spanien)
Herr C. Frolick (Südafrika)
Frau K. Komi (Finnland)
Frau M. Lugaric (Kroatien)
Herr M. Maia (Brasilien)
Herr F. Naek (Pakistan)
Frau S. Sani (Nigeria)
Herr T. Toga (Äthiopien)
Herr M. Traore (Burkina Faso)
Herr N. Treacy (Irland)

Beratergruppe für HIV und AIDS

Stand 30. August 2011

Präsident: Frau M. Temmerman (Belgien)

Vizepräsident: Herr M. Elhazmi (Saudi Arabien)

| | |
|--------------------|-------------------------------------|
| Mitglieder: | Herr S. Ali Abdulrahman (Bahrain) |
| | Frau S. Fernandez (Ecuador) |
| | Herr F. Gutzwiller (Schweiz) |
| | Frau M. Ibrahimgizi (Aserbaidshan) |
| | Herr M. Jagannath (Indien) |
| | Herr R. Kawada (Japan) |
| | Frau Thabitha Khumalo (Zimbabwe) |
| | Frau L. Mafuru Mng'ong'o (Tansania) |
| | Frau M. Xavier (Uruguay) |
| | Herr T. Yahya (Indonesien) |

Koordinierungsausschuss der Parlamentarierinnen

Stand 1. Februar 2012

Ordentliche Mitglieder**Stellvertretende Mitglieder****Präsident:**

Dr. N. Assegaf (Indonesien)

Erster Vizepräsident:

Frau F. Dağci Çiğlik (Türkei)

Zweiter Vizepräsident:

Frau M. Mensah-Williams (Namibia)

Regionale Gruppen*Afrika Gruppe*

Frau Z. Drabo (Burkina Faso)

Frau S. Shope-Sithole (Südafrika)

Frau M. Mensah-Williams (Namibia)

Frau S. A. Lyimo (Tansania)

Arabische Gruppe

Frau Z. Bouayad (Marokko)

Frau R. Dashti (Kuwait)

Vakant

Frau A. Mubarak (Bahrain)

Asien-Pazifik Gruppe

Dr. N. Assegaf (Indonesien)

Frau K. Ghosh Dastidar (Indien)

Frau C. Nishimura (Japan)

Frau F. Ajorloo (Iran)

Eurasische Gruppe

Frau A. Naumchik (Belarus)

Vakant

Frau V. Petrenko (Russische Föderation)

Frau E. Semenova (Russische Föderation)

*Group of Latin America and the Caribbean**Vakant*

Frau S. Fernández (Ecuador)

Frau L. Menchaca (Mexiko)

Frau R. Latorre (Argentinien)

Gruppe der Zwölf Plus

Frau F. Dağci Çiğlik (Türkei)

Frau A. Krüger-Leissner (Deutschland)

Frau C. Markwalder (Schweiz)

Vakant

Mitglieder im Exekutivausschuss der IPU

(ex officio, für die Dauer ihrer Amtszeit):

Frau A. Kabore Koala (Burkina Faso)

Frau R. Kadaga (Uganda)

Frau N. Motsamai (Lesotho)

Frau S. Moulengui-Mouélé (Gabun)

Frau I. Passada (Uruguay)

Vorsitzende des Treffens der Parlamentarierinnen

(ex officio)

Frau D. Castañeda (Panama)

Frau T. Boontong (Thailand)

Partnerschaftsgruppe Männer – Frauen

Stand 21. April 2011

Die vom Exekutivausschuss ernannte Gruppe hat folgende Mitglieder:

Frau Z. Drif Bitat (Algerien)

Herr R. del Picchia (Frankreich)

Herr Ngo Quang Xuan (Vietnam)

Frau M. A. Saa (Chile)

